

Das Geschäft mit dem Alter

Personenfreizügigkeit Senioren werden heute immer häufiger von Migrantinnen aus Osteuropa betreut. Unseriöse Vermittlungsfirmen bereiten den lokalen Agenturen jedoch Sorgen – besonders wenn sie im neuen Jahr die Löhne erhöhen müssen.

Gabriela Jordan

gabriela.jordan@luzernerzeitung.ch

Ein Pflegeheim in Thailand, eine teure Betreuung in der Schweiz oder Pflegerinnen aus Osteuropa? Wenn betagte Rentner nicht mehr für sich selbst sorgen können, stehen Angehörige oft vor der schweren Frage: Was nun? Sich selber um sie zu kümmern, kommt oft nicht in Frage. Häufig – und in den letzten Jahren immer häufiger – fällt die Wahl deshalb auf günstige Betreuerinnen aus Osteuropa. Seitdem die Personenfreizügigkeit auch für diese Länder gilt und seit diesem Jahr auch Rumänien und Bulgarien umfasst, boomt der private Pflegemarkt geradezu.

Viele Betreuerinnen kommen über den unkomplizierten Weg als Kurzaufenthalter in die Schweiz, bleiben 90 Tage – und kommen nach einer Weile erneut. Wie das Staatssekretariat für Wirtschaft auf Anfrage mitteilt, waren im Jahr 2010 rund 870 Haushaltshilfen oder Betreuer in der Schweiz als Kurzaufenthalter gemeldet. Im letzten Jahr waren es mit über 1900 bereits mehr als doppelt so viele. Zudem hatten im Jahr 2010 in diesem Berufsfeld rund 570 Osteuropäer eine Bewilligung für einen längeren Aufenthalt in der Schweiz, 2015 stieg die Anzahl auf fast 1100. Die Vermutung liegt jedoch nahe, dass die Dunkelziffer noch viel höher ist. Wie viele es genau im Kanton Zug sind, war bis Redaktionsschluss nicht bekannt.

Lukratives Geschäft für Vermittlungsagenturen

Das Ganze scheint von aussen betrachtet eine Win-win-Situation zu sein: Für relativ wenig Geld kümmern sich Frauen aus Ungarn und Polen Tag und Nacht um Familienangehörige, kochen und

waschen für sie oder begleiten sie bei Behördengängen, wobei die Pflege meist weiterhin von Firmen wie der Spitex geleistet wird. Für die sogenannten Care-Migrantinnen ist die Arbeit um ein Vielfaches lukrativer, als sie in ihrem Heimatland wäre. Vermittlungsfirmen gibt es deshalb mittlerweile fast wie Sand am Meer.

Billige Anbieter «machen den Markt kaputt»

Die Entwicklung macht auch vor Zug nicht Halt. Erst im Sommer stieg mit «Cura Home» eine Rotkreuzer Firma ins Geschäft ein. «Pflegehelden» mit Sitz in Baar, «Eltern Care» in Rotkreuz und «Pflegehilfe Schweiz» in Cham sind weitere Beispiele. «Die Nachfrage nach einer Betreuung zu Hause steigt», weiss Kurt Omlin, Geschäftsführer der Pflegehilfe Schweiz. Neben Frauen aus dem Osten beschäftigt die Firma auch Leute aus Italien, Portugal oder der Schweiz – zu fairen und legalen Arbeitsbedingungen, wie Omlin betont. Problematisch ist, dass sich unter den hiesigen Agenturen auch unseriöse tummeln, die den Fiskus umgehen oder Betreuerinnen zu katastrophalen Bedingungen einstellen. Laut Omlin gibt es in der Schweiz aktuell 26 Firmen, die illegal tätig sind und mit tiefen Löhnen die Konkurrenz verärgern. «Sie machen uns den ganzen Markt kaputt.»

Statt der 4400 bis 4800 Franken, wie sie vom Staatssekretariat vorgegeben sind, zahlen solche Unternehmen nur um die 1900 Franken. Um welche Firmen es sich handelt, ist sogar bekannt. Dennoch passiert ihnen, selbst wenn sie angezeigt werden, in der Regel nichts. «Sie sind für die Behörden nicht greifbar, da sie ihren Sitz im Ausland haben», erklärt Omlin. Die Leidtra-



Wenn betagte Rentner nicht mehr für sich selbst sorgen können, stehen Angehörige oft vor der Frage: Was nun?

Bild: Keystone

genden in diesem Arrangement sind laut Omlin sowohl die Angestellten als auch die Kunden: «Die Qualität der Betreuung kann nicht kontrolliert werden. Und Rentnerwohnungen wurden so auch schon ausgebaut.»

Lohnerhöhung ab Januar 2017

Dass es schwarze Schafe in der Branche gibt, bestätigt auch Andreas Szostek, Geschäftsführer der Baarer Firma Pflegehelden. Diese gibt es in Deutschland schon länger, in der Schweiz seit 2011. «Das Geschäftsmodell funktioniert, die Leute verdienen hier gu-

tes Geld, und Senioren können zu Hause wohnen bleiben», sagt Szostek. Zu unseriösen Anbietern will er sich jedoch nicht weiter äussern, wie auch die zwei anderen angefragten Firmen in Zug.

Faire Anstellungsbedingungen für Care-Migranten sind inzwischen zum Politikum geworden (siehe Kasten). Ab Januar 2017 wird etwa der Lohn um durchschnittlich 1,5 Prozent erhöht. Für viele kleine Firmen könnte dies laut Omlin allerdings zum Problem werden: «Sie wissen nicht, ob sie so neben der billigen Konkurrenz weiter existieren können.»

Bessere Bedingungen für Care-Migrantinnen

Ältere Menschen werden zu Hause vermehrt von Migrantinnen aus EU-Staaten betreut. Das Problem: In Privathaushalten gilt das Arbeitsrecht nicht, und Verträge können somit stark vom Standard abweichen. Nun bemüht sich die Politik um bessere Bedingungen für die Care-Migrantinnen. Vor gut einem Jahr hat der Bundesrat den Bericht zum Postulat der Zürcher Nationalrätin Barbara Schmid-Federer (CVP) gutgeheissen. Ein Lösungsvorschlag sieht darin

etwa einen nationalen Normalarbeitsvertrag mit festgelegten Arbeitsbedingungen vor. Bis Ende 2016 erwartet der Bundesrat dazu konkrete Vorschläge der Kantone.

Als wichtigen Zwischenerfolg bezeichnet die Unia den Mai dieses Jahres: Seitdem unterstehen Seniorenbetreuerinnen gewinnbringender Agenturen – und somit ein Teil der Angestellten – dem Gesamtarbeitsvertrag (GAV) Personalverleih. Die Unia strebt jedoch einen eigenen GAV an. (gjo)

Übermalen als kostengünstigste Lösung

Zug Dass in der ehemaligen Kapelle des alten Kantonsspitals Bilder unter weisser Farbe verschwanden, hat die Gemüter erregt. In einer Interpellationsantwort gibt sich die Regierung wortkarg.

Der Regierungsrat sieht kein Problem darin, dass in der ehemaligen Kapelle des alten Kantonsspitals in Zug die Passion Christi des Schweizer Künstlers Fritz Pauli (1891-1968) übermalt worden ist. Die ehemalige Kapelle wird als Ruhe- und Aufenthaltsraum für Asylsuchende der auf dem Areal des ehemaligen Kantonsspitals geführten Durchgangsstation genutzt. Anfang Juni machten die Zuger Kantonsräte Daniel Stadlin (GLP) und Richard Rüegg (CVP) in einer Interpellation darauf aufmerksam, dass die Wandmalereien in der Kapelle mit weisser Farbe übermalt worden waren. Das löste damals einen kleineren Sturm der Entrüstung aus (Ausgabe vom 2. Juni).

Die Interpellanten wollten wissen, weshalb dies geschehen

sei. Unter anderem wollten sie Antwort darauf, ob das Übertünchen der Malereien deswegen erfolgte, weil der Raum vor allem von Personen aus anderen Religionen genutzt werde.

Mit weisser Farbe gegen die Dunkelheit

Die Antworten der Regierung auf die fünf gestellten Fragen fallen kürzer aus als die Fragen. Für die Regierung ist klar: Da es sich bei der Kapelle und den darin befindlichen Malereien nicht um ein unter Denkmalschutz stehendes Gebäude handle, sei es legitim gewesen, die Bilder weiss zu übermalen. Das sei nämlich die kostengünstigste Variante gewesen, um den Raum heller zu machen, «da dieser Raum aufgrund der Belichtungssituation sehr



Die weiss getünchte Wand in der Kapelle.

Bild: PD (31. Mai 2016)

düster war», schreibt die Regierung. «Keineswegs ging es darum, damit christliche Inhalte übertünchen zu wollen. Für den

Regierungsrat ist weiter klar: Für ein Abdecken der Malereien mit Tüchern habe es wegen der Vorgeschichte keinen Grund gege-

ben. Diese teurere Variante habe sich im Abbruchobjekt Kapelle gar nicht angeboten. Das Amt für Denkmalpflege und Archäologie sei bereits früher zum Schluss gekommen, die Wandmalereien in der Kapelle sowie jene des Zuger Künstlers Hans Potthof in der Eingangshalle des Nordtraktes seien nicht zwingend zu erhalten. Damit sei auch die Frage nach der Möglichkeit, die Bilder fachgerecht ablösen zu lassen, negativ zu beantworten.

«Regierung stiehlt sich aus der Verantwortung»

Die brisanteste Frage, die die Interpellanten gestellt haben, beantwortete die Regierung gar nicht. Sie verlangten vom Regierungsrat eine Stellungnahme, wie er sich grundsätzlich dazu stelle,

christliche Symbole zu Gunsten fremder Kulturen zu entfernen. Zwar hätten die Interpellanten gewusst, dass die Kapelle nicht unter Schutz stehe. Sie hätten sich dennoch, so Kantonsrat Daniel Stadlin (GLP, Zug), ausführliche Antworten gewünscht. «Der Regierungsrat stiehlt sich bei dieser Frage aus der Verantwortung», sagt Stadlin. Er sei gar nicht zufrieden mit den Antworten auf die Interpellation. Er werde sich bei der Behandlung der Interpellationsantwort im Kantonsrat zu Wort melden. Die Regierung hält übrigens auf ebendiese Frage Folgendes fest: «Diese Frage stellt sich vorliegend gar nicht, weil die Baudirektion – wie dargelegt – die Wandbilder aus anderen Gründen übertüncht hat.» (haz.)